

## Problemfeld wirtschaftsnahe Infrastruktur

### ■ Auf Wirtschaft 4.0 vorbereiten!

Das Flächenland Sachsen-Anhalt ist zur Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums und zur Wahrnehmung der Chancen der Digitalisierung zügig mit den notwendigen Breitbandnetzen auszustatten. Diese müssen den gleichen Stellenwert wie Strom, Wasser u. ä. Netze haben.

### ■ Funktionierende Verkehrswege erhalten!

Eine intakte Infrastruktur ist das Rückgrat einer prosperierenden Region. Dabei ist es wichtig, sich auf den Erhalt der bestehenden Verkehrswege zu konzentrieren. Im Rahmen des Steuersystems beteiligen sich die Verkehrsnutzer schon heute massiv an der Finanzierung der Verkehrswege. Weitere Belastungen sind zu vermeiden. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur muss ein entscheidendes Feld der Wirtschaftsförderung sein.

### ■ Standorte der beruflichen Bildung stärken!

Das Ausdünnen der Schulstandorte in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass es für Lehrlinge – vor allem im ländlichen Raum – zunehmend problematischer wird, die Berufsschule zu erreichen. Für Qualität und Attraktivität der dualen Ausbildung sind aber gut erreichbare und gut ausgestattete Berufsschulen unerlässlich. Berufsschulstandorte müssen daher optimiert und deren Ausstattung verbessert werden. Notwendig sind Fahrtkostenzuschüsse und Internatsmöglichkeiten. Das gleiche gilt für die handwerklichen Bildungszentren für die überbetriebliche Ausbildung (ÜLU).

## Problemfeld Verwaltungshandeln

### ■ Statt unfairem Wettbewerb Kommunen zuverlässig finanzieren!

Um unfairen Wettbewerb zu verhindern, sind wirtschaftliche Aktivitäten der öffentlichen Hand eng zu begrenzen. Es darf nicht um die Erzielung von kommunalen Einnahmen zu Lasten der regionalen Betriebe gehen. Stattdessen müssen die Kommunen vom Land in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben langfristig zuverlässig zu erfüllen. Dabei sind auch Standards zu hinterfragen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind die Kompetenzen der Vergabestellen zu erhöhen und mehr Spielraum für beschränkte Vergaben zu schaffen. Bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration beispielsweise von älteren Langzeitarbeitslosen ist darauf zu achten, dass keine Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung entsteht.

### ■ Wirtschaftsfreundliche Verwaltung notwendig!

Kunden- und Serviceorientierung muss auch in den öffentlichen Verwaltungen zum Alltag gehören. Verwaltungshandeln sollte stets wirtschaftsfreundlich ausgerichtet sein, bürokratische Schritte sind auf ein Minimum zu reduzieren. E-Government und One-Stop-Shops bieten dazu Möglichkeiten und sind auszubauen. Eine zentrale Bekämpfungsstelle gegen Schwarzarbeit ist nötig, um die Maßnahmen besser zu koordinieren.

## Wahlprüfsteine des Handwerks

zur Landtagswahl am 13. März 2016

#### Impressum:

Handwerkskammer Halle, Gräfestr. 24, 06110 Halle (Saale)

Handwerkstag Sachsen-Anhalt, c/o Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt e.V., Gustav-Ricker-Str. 62, 39120 Magdeburg

Handwerkskammer Magdeburg, Gareisstr. 10, 39106 Magdeburg

#### Ansprechpartner:

Udo Nistripke (Handwerkskammer Halle)  
0345 2999-117

Romy Meseberg (Handwerkskammer Magdeburg)  
0391 6268-123

Stand: November 2015

Fotorecht Titel: © Daniel Coulmann, fotolia.com

**DAS HANDWERK**  
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

## Für ein starkes Handwerk in Sachsen-Anhalt!

Positionen des Handwerks zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist in den vergangenen 25 Jahren ein starkes Handwerk entstanden. Landesweit gibt es fast 29.000 Handwerksbetriebe, rund 182.000 Männer und Frauen arbeiten im Handwerk. Damit ist jeder sechste Erwerbstätige in Sachsen-Anhalt im Handwerk tätig.

Viele Betriebe zählen in ihrer Region zu den Hauptarbeitgebern und stehen für wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze. Mit über 130 verschiedenen Ausbildungsberufen bietet das Handwerk breite Entfaltungsmöglichkeiten, zukunftssichere Berufsqualifikationen und leistet so seinen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Land. Derzeit werden im Handwerk in Sachsen-Anhalt 7.400 Lehrlinge ausgebildet.

Die beiden Handwerkskammern Halle und Magdeburg sowie der Handwerkstag Sachsen-Anhalt fordern von der kommenden Landesregierung eine Stärkung und Förderung der anerkannten Leistungen der hiesigen Handwerksbetriebe sowie eine kalkulierbare und verlässliche Landespolitik.

Dazu hat das Handwerk einen Katalog mit Handlungsansätzen aufgestellt.

## Problemfeld Fachkräfte

### ■ Fachkräfte für heute und morgen sichern!

Den demografischen Herausforderungen muss die Landesregierung aktiv begegnen. Dazu zählt eine kinder- und geburtenfreundliche Politik, beispielsweise durch die stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung im Sozialversicherungssystem. Zur Nutzung vorhandener Potenziale müssen An- und Ungelernte an einen vollwertigen Berufsabschluss herangeführt werden. Dazu brauchen Betriebe die Unterstützung des Landes, wie auch bei der Unternehmensnachfolge.

### ■ Meistergründungsprämie einführen!

Auch in Sachsen-Anhalt sieht sich eine wachsende Zahl an Unternehmen mit der Regelung der Unternehmensnachfolge konfrontiert. Um Übernahmen zu erleichtern und Impulse für nachhaltiges Gründer- und Unternehmertum zu setzen, wäre die Einführung einer Meistergründungsprämie ein guter Ansatz.

### ■ Handwerksfreundliche Bildungspolitik!

Immer höhere Abitur- und Studienquoten sind der falsche Weg. Für Schüler und Eltern sind Sekundarschulen als attraktive Regelschule in Sachsen-Anhalt zu stärken. Notwendig ist eine verbindliche Laufbahnpflicht, um den Zustrom auf die Gymnasien zu bremsen. Das Schulsystem muss die Ausbildungsfähigkeit vor Ausbildungsbeginn gewährleisten, beispielsweise mit Hilfe individueller Förderung Leistungsschwacher. Eine zunehmende Zahl an Jugendlichen weist mangelnde Kenntnisse besonders in Mathematik und Naturwissenschaften auf.

Diese sind für eine erfolgreiche Berufsausbildung aber zwingend erforderlich. Berufsorientierung muss an allen Schulen verbindlich und unabhängig vom Karriereweg stattfinden, auch um die Abbrecherquoten an Hochschulen sowie in der beruflichen Ausbildung zu verringern.

### ■ Ja zur dualen Ausbildung! Ja zum Meister!

Die berufliche Bildung muss sowohl für Lehrlinge als auch für Ausbildungsbetriebe attraktiv bleiben. Dabei erfordert eine gute Ausbildung gute Ausbilder. Bestrebungen, den Meisterbrief als Qualitätsmerkmal für die duale Ausbildung in Deutschland zu schwächen, sind entgegenzutreten. Vielmehr ist die berufliche Weiterqualifizierung zu stärken.

### ■ Eingliederung von Zuwanderern geht nur über Ausbildungs- und Arbeitsmarkt!

Zur Integration von Zugewanderten ist die Teilhabe an Ausbildung und Arbeit sehr wichtig. Bei anerkannten Asylbewerbern bzw. solchen, die eine hohe Aussicht auf ein langfristiges Bleiberecht haben, sind aber zunächst Kompetenz- und Qualifikationsfeststellungen, verpflichtende Sprachkurse und Betriebspraktika nötig. Ohne diese berufs- und ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen wird es keine schnelle Arbeitsmarktintegration geben können. Das Handwerk mit seinen überbetrieblichen Bildungszentren kann diese Aufgaben übernehmen. Die Finanzierung muss jedoch geklärt sein.

## Problemfeld Kostenbelastung

### ■ Energiewende neu justieren – Lasten gerecht verteilen!

Die Kosten der Energiewende steigen seit Jahren deutlich. 2016 wird die EEG-Umlage erneut erhöht. Das gefährdet zunehmend den Wirtschaftsstandort Deutschland. Immer dringlicher wird eine parallele Kostenentlastung, wie z. B. über die Absenkung der Stromsteuer für hiesige Verbraucher und Gewerbe. Für einen effizienten Mitteleinsatz zur Energiewende ist schwerpunktmäßig die Energieeffizienz im Gebäudebereich zu stärken. Die Förderung alternativer Energien im Rahmen des EEG sollte dagegen angesichts der offensichtlichen Fehlanreize schnell auslaufen.

### ■ Rundfunkgebühr für Kfz abschaffen!

Für betriebliche Kraftfahrzeuge ist eine Rundfunkgebühr zu zahlen, für private dagegen nicht. Das ist nicht mit dem Gleichheitsgebot vereinbar. Die Milliarden-Mehreinnahmen, die durch die Einführung des Rundfunkbeitrages erzielt werden, sollten deshalb zur Abschaffung des Kfz-Beitrags genutzt werden.

### ■ SV-Beiträge nach dem Monatsende abführen!

Die Beiträge der Sozialversicherungen für die Beschäftigten sollen die Betriebe erst wieder nach dem Monatsende abführen dürfen. Das entlastet von Bürokratie und schon die Liquidität. Das Handwerk fordert die Landesregierung auf, entsprechend dem Beschluss des Landtags im Bundesrat energisch die Rückkehr zu dieser Regelung, die bis 2006 galt, zu fordern.